

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

13.08.2024

Inhalt

EWN

1 Geheimes Gutachten zeigt, warum Deutschland seinen Atommüll einfach nicht los wird <i>FOCUS online, 09.08.2024</i>	3
2 Atommüll Jülich Sicherheit von Castor-Transporten Jülich-Ahaus steht in Frage <i>lokalkompass.de (Nordrhein-Westfalen), 12.08.2024</i>	5
3 Kühlturm von AKW Saporischschja schwer beschädigt <i>tagesschau.de, 12.08.2024</i>	7



FOCUS online | 09.08.2024 | S. online

Florian Reiter

WEBLINK

ENDLOSE SUCHE NACH ENDLAGER

Geheimes Gutachten zeigt, warum Deutschland seinen Atommüll einfach nicht los wird

Eigentlich sollte es unter Verschluss bleiben: Bestenfalls 2074 wird Deutschland einen endgültigen Standort für seinen radioaktiven Atom-Müll gefunden haben, zeigt ein behördliches Gutachten. Das wäre mehrere Jahrzehnte später als geplant. Einen Grund zur Hektik sehen deutsche Behörden nicht.

Wie findet man eine Müllkippe, die eine Million Jahre lang bestehen soll? Insgesamt 27.000 Kubikmeter hochradioaktiven Müll in 1750 sogenannten Castor-Behältern hat die Bundesrepublik in mehr als 60 Jahren Atomkraft angesammelt. Nach Angaben des zuständigen Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) sind das fünf Prozent der radioaktiven Abfälle in Deutschland, die aber rund 99 Prozent der gesamten Radioaktivität aller Abfälle enthalten.

Wer will den Müll?

Und diese 1750 hochgiftigen Fässer werden zum immer größeren Problem. Momentan lagern die Behälter noch oberirdisch, in 16 sogenannten Zwischenlagern in verschiedenen Bundesländern, meist auf dem Gelände ehemaliger Atomkraftwerke. Hundertprozentig sicher ist diese Lösung nicht, alleine schon weil die Castor-Fässer nicht darauf ausgelegt sind, länger als ein paar Jahrzehnte zu halten. Auch deswegen sind die Zwischenlager nur für 40 Jahre genehmigt. Newsletter Konfiguration Focus online Earth

Eine finale Lösung muss also dringend her, es braucht ein sogenanntes Endlager unter der Erde, das den radioaktiven Müll eine Million Jahre lang lagern kann. So lange dauert es ungefähr, bis sich die radioaktiven Elemente des Mülls von selbst zersetzen. Doch die Suche nach diesem Endlager gestaltet sich nicht nur geologisch schwierig, sondern vor allem politisch. Die Anwohner der 16 Endlager wollen den Müll so schnell wie möglich loswerden. Der Rest der Bundesrepublik hat hingegen nicht so viel Lust darauf, eine unterirdische Deponie für radioaktive Abfälle vor die Nase gesetzt zu bekommen. Die bayerische Staatsregierung aus CSU

und Freien Wählern, in den letzten Jahren betont begeistert von der Atomkraft, hat sogar in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten, dass Bayern "kein geologisch geeigneter Standort für ein Atomendlager" sei.

Im 22. Jahrhundert immer noch nicht fertig?

Um endlich mal voranzukommen, stellten die Behörden und die damals regierende Große Koalition aus Union und SPD im Jahr 2017 den Endlager-Prozess auf komplett neue Füße. Und das damals verabschiedete Standortauswahlgesetz (StandAG) gab auch gleich einen Zeitrahmen vor: Bis 2031, so steht es im Gesetzestext, soll die Suche endgültig abgeschlossen sein. Damit spätestens 2050 das fertige Endlager in Betrieb gehen kann.

Expertinnen und Experten hielten den Zeitrahmen schon damals für ambitioniert. Jetzt zeigt ein Gutachten, wie sehr sich der Gesetzgeber verschätzt haben könnte - nämlich gleich um mehrere Jahrzehnte. Unter "idealen Bedingungen" sei frühestens 2074 mit einer Standortentscheidung zu rechnen, heißt es in einer Untersuchung des Öko-Instituts im Auftrag von BASE, die am Dienstag auf der Website der Behörde veröffentlicht wurde. Das wäre 43 Jahre später als ursprünglich anvisiert, mindestens. Weil es danach auch noch Jahrzehnte dauern dürfte, den gefundenen Standort als Endlager aufzubereiten, könnte sich die Einlagerung sogar bis ins 22. Jahrhundert ziehen.

Pikant: Das Gutachten ist auf den 29. Februar 2024 datiert, war aber nie veröffentlicht worden. Erst nach einer Anfrage des Deutschlandfunks, wann der lange erwartete Bericht denn publiziert werde, lud das BASE den Bericht plötzlich auf seiner Website hoch -

mit einem Vorwort, das auf den Juli datiert ist. Und erst dann sei das Gutachten auch an das Bundesumweltministerium übergeben worden, berichtet der Deutschlandfunk.

”Diese Generation hat den Atommüll produziert”

Dass das 2031er-Ziel nicht zu halten ist, geben die zuständigen Behörden schon seit einigen Jahren zu. Wer etwa bei der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) nach einem konkreten Datum fragte, erhielt stets das Jahr 2046 als Antwort, im schlimmsten Fall 2068. Kein Wunder also, dass der bislang unveröffentlichte Bericht des Öko-Instituts für Aufregung sorgt. Er sehe die möglicherweise deutlich länger dauernde Suche mit Sorge, sagte etwa Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne) am Mittwoch.

Meyers Befürchtung: Eine Verschiebung der Endlagersuche um weitere Jahrzehnte hätte aber die Verlängerung vieler Zwischenlager in Niedersachsen zur Folge. Das stoße auf erhebliche Sicherheitsbedenken bei der Bevölkerung. ”Ich fordere daher vom Bund, endlich mehr Tempo in die Endlagersuche zu investieren und das Thema nicht auf kommende Generationen zu schieben”, sagte Meyer. ”Diese Generation hat den Atommüll produziert, ohne ein Endlager zu haben. Daher tragen wir auch die Verantwortung und sind in der Pflicht, nicht um Jahrzehnte zu verschieben, so schwierig das Thema auch ist.”

Optimismus im Ministerium

Das ebenfalls Grünen-geführte Umweltministerium hingegen sieht keinen gesteigerten Anlass zur Sorge. Das Haus von Ministerin Steffi Lemke brachte eine weitere Jahreszahl ins Spiel: Man gehen davon aus, dass bis 2050 ein Endlager gefunden sein wird, teilte das Ministerium am Donnerstag mit. Dabei nehme man Bezug auf Planungen der BGE. In den Planungen seien allerdings noch nicht alle ”für möglich erachteten Be-

schleunigungspotenziale berücksichtigt” - es könnte also sogar schneller gehen.

Auch um den Zustand der Castor-Behälter, die bislang den Müll lagern, müsse man sich keine Sorgen machen, hieß es in der Mitteilung. Ein Austausch der Behälter sei nicht erforderlich, sie seien auch über vierzig Jahre hinaus geeignet, das radioaktive Material sicher einzuschließen und abzuschirmen. Eine Verlängerung der Zwischenlager über die ursprünglich geplanten 40 Jahre hinaus ließe sich also sicherheitstechnisch gewährleisten.

2031: Absichtlich unmachbar

Egal ob 2050 oder 2074: Bis ein Endlager gefunden ist, bleibt noch einiges zu tun. Die Suche verläuft, so will es das Standortauswahlgesetz, in einem mehrstufigen, langfristigen Verfahren unter Beteiligung der Öffentlichkeit. Nach dem Prinzip ”Weiße Landkarte” wurde von vornherein kein Bundesland ausgeschlossen, auch wenn Länder wie Bayern protestieren.

Inzwischen ist die Landkarte nicht mehr weiß. Rund 90 Gebiete - mehr als die Hälfte der Landesfläche - wurden als für ein atomares Endlager geologisch geeignet definiert. In den Blick genommen wird bei der Suche neben den Gesteinsschichten auch die Erdbebengefahr oder die Bevölkerungsdichte. Nun müssen diese 90 Kandidaten weiter eingegrenzt werden.

War das im Gesetz vorgegebene Datum 2031 da jemals realistisch? Nur 14 Jahre für einen solchen Mammutprozess? Es sei nie wirklich geplant gewesen, 2031 fertigzuwerden, so stellt es jetzt das Ministerium dar. Das Zieljahr sei ”anzustreben, nicht zwingend einzuhalten” gewesen, heißt es in der Mitteilung vom Donnerstag. Die Zielmarke 2031 sei ”nicht aufgrund einer zeitlichen Abschätzung vorgegeben, sondern um das Verfahren mit einem ambitionierten Zieljahr schnell in Gang zu bringen”. Man wird ja wohl noch träumen dürfen.



lokalkompass.de

lokalkompass.de (Nordrhein-Westfalen) | 12.08.2024

Marita Boslar

WEBLINK

ATOMMÜLL JÜLICH**Atommüll Jülich Sicherheit von Castor-Transporten
Jülich-Ahaus steht in Frage***Nach Enthüllungen zu Castor-Panne auf Autobahn: Anti-Atomkraft-Initiativen schreiben an BASE und BMUV: Sicherheit von Atommülltransport steht in Frage*

Nach den Enthüllungen zur schweren Sicherheitspanne beim Castor-Probe-Transport von Jülich nach Ahaus im vergangenen November im Autobahnkreuz Duisburg-Kaiserberg haben Anti-Atomkraft-Initiativen sowohl dem Bundesumweltministerium wie auch der zuständigen Genehmigungsbehörde, dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), geschrieben. Sie verlangen in den beiden Schreiben Auskunft darüber, wie es zu der gravierenden Panne kommen konnte und warum die Öffentlichkeit nicht früher informiert wurde. Zudem wollen die Initiativen wissen, warum das BASE gegenüber der taz noch im Juli behauptete, von der Panne keine Kenntnis zu haben. Das BASE soll eigentlich auf der Basis der auch bei den Probe-Transporten gesammelten Erkenntnisse über die Erteilung der noch ausstehenden Transportgenehmigung entscheiden. Wie soll das geschehen, wenn man sich angeblich über aufgetretene Probleme nicht informieren lässt?

„Die von NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur auf unsere Nachfragen hin veröffentlichten Details der Sicherheitspanne im Autobahnkreuz Kaiserberg werfen schwerwiegende Fragen zum Sicherheitskonzept für die Abwicklung der insgesamt 152 Einzeltransporte auf. Wir sehen, dass weder das BASE noch die Polizei und schon gar nicht die in Jülich für die Lagerung der 300 000 hochradioaktiven Brennelementkugeln zuständige Firma JEN die enormen Sicherheitsprobleme bei den geplanten Autobahntransporten wirklich ernst nehmen. Im Ernstfall hätte es im Autobahnkreuz Kaiserberg keinen Schutz des Castor-LKW durch vorausfahrende oder seitlich positionierte Polizeikräfte gegeben. Wir fordern deshalb weiterhin die einzig sichere Lösung: Weitere Aufbewahrung der 152 Castoren in Jülich und den dortigen Neubau einer Zwischenlager-

Halle“, so **Hartmut Liebermann von der BI „Kein Atommüll in Ahaus“.**

Am 21. November 2023 war laut NRW-Landesregierung im Autobahnkreuz Kaiserberg der Sichtkontakt zwischen dem Castor-LKW und den vorausfahrenden Polizeifahrzeugen abgebrochen. Daraufhin verpasste der LKW die vorgesehene Abfahrt, musste anhalten und langsam zurücksetzen. Dafür musste die Polizei die A 3 ungeplant sperren. Ein Rundum-Schutz des Castor-LKWs war in dieser Zeit nicht gegeben. Über sieben Monate lang hatte die NRW-Landesregierung das tatsächliche Geschehen im Autobahnkreuz Kaiserberg unter Verschluss gehalten.

Unterdessen hat BASE-Präsident Christian Kühn den Anti-Atomkraft-Initiativen, dem BUND NRW sowie der Ahauser Bürgermeisterin Karola Voß ein Gespräch zur Problematik der Langzeit-Zwischenlagerung angeboten, das am 5. November stattfinden soll. Angesichts der aktuellen Meldungen, dass ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll womöglich nicht vor 2074 gefunden wird, möchte BASE-Präsident Kühn über „die verlängerte Zwischenlagerung der radioaktiven Abfälle“ sprechen. Die Anti-Atomkraft-Initiativen haben ihre Teilnahme jedoch davon abhängig gemacht, dass das BASE bis zum 5. November keine Fakten durch die Erteilung einer Transportgenehmigung für die 152 Jülicher Castoren schafft.

„Wir erwarten ein ergebnisoffenes Gespräch mit Christian Kühn. 'Verlängerte Zwischenlagerung' bedeutet auch, dass die 152 Jülicher Castoren vor Ort in Jülich verbleiben und dort ein neues Zwischenlager gebaut wird. Der jetzige Zeithorizont von rund 50 Jahren bis zu einer möglichen Endlagerung machen diesen

Bau immer nötiger, denn in Ahaus läuft die jetzt gültige Nutzungsgenehmigung für die Zwischenlagerhalle bereits 2036 aus. Zudem ist noch immer eine Klage der Stadt Ahaus gegen die Einlagerungsgenehmigung für die Jülicher Castoren vor dem OVG Münster anhängig. Es gibt also keinerlei Rechtssicherheit“, ergänzte **Mat-**

thias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Für den 15. September planen die Anti-Atomkraft-Initiativen in Ahaus eine neue Protest-Kundgebung.

Kühlturm von AKW Saporischschja schwer beschädigt

Der Brand auf dem Gelände des ukrainischen Atomkraftwerks Saporischschja gestern Abend hat schwere Schäden an den Kühltürmen verursacht. Russland und die Ukraine machen sich gegenseitig für das Feuer verantwortlich.

Das von Russland besetzte Atomkraftwerk Saporischschja in der Südukraine ist bei einem dreistündigen Brand schwer beschädigt worden. Das habe der Chef des russischen Atomkonzerns Rosatom, Alexej Lichatschew, erklärt, wie die russische Nachrichtenagentur Interfax berichtete. Nach Angaben von Lichatschew sei es unklar, ob der Schaden repariert werden könne oder ob einer der Türme ersetzt werden muss. Nach übereinstimmenden russischen und ukrainischen Angaben wurde bislang aber keine erhöhte radioaktive Strahlung registriert.

Feuer gelöscht

Auf dem Gelände des Atomkraftwerks war gestern Abend nach russischer Darstellung ein Brand an der Kühlanlage ausgebrochen. Noch in der Nacht sei das Feuer vollständig gelöscht worden, erklärte der von Moskau eingesetzte Behördenvertreter Wladimir Rogow bei Telegram.

Der ebenfalls von Moskau eingesetzte Statthalter der Region, Jewgeni Balizki, erklärte laut der russischen Staatsagentur Tass, zuvor habe es einen ukrainischen Angriff auf die Umgebung des Kraftwerks gegeben. Es habe allerdings keine Gefahr gedroht, da alle Blöcke des AKW abgeschaltet seien. Die Angaben konnten zunächst nicht unabhängig geprüft werden.

Balizki teilte weiter mit, die Sicherheitsvorkehrungen an allen Anlagen von strategischer Bedeutung in der Region seien auf Anordnung von Kremlchef Wladimir Putin erhöht worden. Selenskyj: Russland für Feuer verantwortlich

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj wiederum warf Russland vor, Feuer in dem AKW gelegt zu haben. Die Strahlungswerte seien zwar normal, schrieb Selenskyj auf der Plattform X. "Aber solange die russischen Terroristen das Nuklearkraftwerk kontrollieren, ist und kann die Lage nicht normal sein."

Seiner Erklärung fügte Selenskyj ein Video an, auf dem aus einem Kühlturm aufsteigender schwarzer Rauch und Flammen zu sehen sind.

Während Russland und die Ukraine sich gegenseitig für den Vorfall verantwortlich machten, verlangte die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) "unverzüglichen Zugang zum Kühlturm erhalten, um den Schaden zu beurteilen" und "die mögliche Ursache dieses Vorfalls zu ermitteln".

IAEA fordert Ende der Angriffe

IAEA-Chef Rafael Grossi rief zudem dazu auf, solche "unverantwortlichen Angriffe, welche (...) die Gefahr eines nuklearen Unfalls erhöhen", zu beenden. "Jedes Feuer auf dem Gelände oder in seiner Umgebung birgt das Risiko, dass es auf sicherheitskritische Einrichtungen übergreift", mahnte er.

Die Behörde erklärte auf dem Nachrichtendienst X, sie sehe "keine Auswirkungen auf die atomare Sicherheit". Weiter hieß es, ihre im Atomkraftwerk stationierten Experten hätten "nach mehreren Explosionen am Abend starken dunklen Rauch aus dem nördlichen Bereich der Anlage" beobachtet. Das AKW habe der IAEA einen "mutmaßlichen Drohnenangriff auf einen der Kühltürme" gemeldet.

Russland hält AKW besetzt

Das AKW Saporischschja ist seit Beginn der russischen Invasion in der Ukraine von der russischen Armee besetzt. Europas größtes Atomkraftwerk lief zunächst unter russischer Kontrolle weiter. Wegen der Sicherheitsbedenken wurden die Reaktoren bereits 2022 heruntergefahren, müssen aber weiter gekühlt werden. Wiederkehrende Zwischenfälle rund um die Anlage haben die Sorgen vor einem schweren Atomunfall verstärkt. Russland und die Ukraine werfen sich immer wieder gegenseitig vor, die Sicherheit des Kraftwerks zu gefährden.